

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim April 2019, 29. Jahrg.



Bernauer April 1991
Offene Worte
für PDS-Mitglieder, Sympathisanten und interessierte BürgerInnen

250

April 2019: Die 250. Ausgabe der Offenen Worte erscheint. Zugleich beginnt der 29. Jahrgang für die monatliche Zeitung der Barnimer LINKEN. Ein schöner Anlass all denen zu danken, die seit 28 Jahren Monat für Monat ehrenamtlich die Zeitung erstellen und verteilen – und an alle Leserinnen und Leser, die der OW die Treue halten, neu dazukommen und durch Spenden ihr Erscheinen sichern.

O weh – Offene Worte
Manchmal fehlen sie uns, die Worte, Schweigen kann Gold wert sein. Sprachlosigkeit jenseits? Oder ist es bereits eine Tendenz?
Es mißfällt mir, in grenzenlosem Optimismus zu verfallen. Und doch, es fand sich eine lockere Gruppe, die diese druckfertige Offerte machte

Mieterhöhung gerechtfertigt?
Der grundlegende Wandel im ... wie Keller, Waschküche, Ab...

Inhalt
2: Wozu Leitbild der Jugendhilfe?
4: PDS debattiert
5: Funk und frei
7: Das Ende der Toleranz?

Offene Worte
Zeitung der LINKEN im Barnim
► April 2008
► 18. Jahrgang
► Impressum: Seite 7
► 1 € Spende bitte!

Gesicht zeigen gegen Rassismus
Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann (LINKE) debattiert mit Schülern des Barnim-Gymnasiums

Offene Worte
LINKE in Brandenburg vom
► OW Beitrag für
Nach einer Umfrage des forsa-Institutes von Ende März liegt die LINKE in Brandenburg zur Zeit in der Wahlergebnisgarantie vorn. Wären jetzt Bundestagswahlen, würden 33 Prozent der Brandenburgern und Brandenburgern die LINKE wählen. SPD und CDU kämen auf jeweils 25 Prozent. Aber auch in anderen Bundesländern würde die LINKE stark zulegen. In Sachsen-Anhalt wäre sie zum Beispiel ebenfalls stärkste Kraft, im Saarland mit 29 Prozent die zweitstärkste

Offene Worte
Inhalt
2: Wozu Leitbild der Jugendhilfe?
4: PDS debattiert
5: Funk und frei
7: Das Ende der Toleranz?

Ende gut, alles gut?
Barnim: Eigentum für Genossenschaft.

Offene Worte
Zeitung der LINKEN im Barnim
► November 2008
► 18. Jahrgang
► Impressum: Seite 7
► 1 € Spende bitte!

Leiharbeiter brauchen Hilfe
LINKE fordert Gleichstellung der Arbeitnehmer im Kündigungsschutz während Finanzkrise

Offene Worte
Barnim: **Müllverbrennung**
► OW Beitrag für:
Gegen die geplante Errichtung einer Müllverbrennungsanlage in Liechtenfelde spricht sich der Kreisparlament der Linkspartei PDS Barnim am 4. November aus. Die Anlage entspricht nicht den technischen Möglichkeiten und würde am Rande des Biosphärenreservates liegen, heißt es nur Begründung. Außerdem würde keine Müllverbrennungsanlage zur Entsorgung des Barnimer Müll benötigt, mit einer bereits bestehenden Anlage gäbe es langfristige Verträge und sie soll auch weiterhin **ausgebaut werden**, versichert

Offene Worte
Zeitung der Linkspartei PDS für den Barnim
► November 2006
► 16. Jahrgang
► Impressum: Seite 7
► 1/2 € Spende bitte!

200 Meter sind ein paar Schritte zu weit
Die Gemeinde Ahrenfelde streitet um den Schulbesuch ihrer Kinder in Berlin

Übrigens: Die Dauerausstellung „25 Jahre Offene Worte“ ist im Bernauer Bürgerbüro der LINKEN zu sehen. Die Tafeln können auch ausgeliehen werden.

In dieser Ausgabe

Termine und Nachrichten **2**

Keiner schiebt uns weg!
Zum 10. Mal lud die Bernauer LINKE zum Politischen Aschermittwoch ein. **3**

26. Mai: Kommunalwahl
Alle Wahlkreise und die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN im Überblick. **4**

Gleichwertige Lebensbedingungen im Barnim
Was hat die LINKE in den letzten 5 Jahren Kreispolitik erreicht? Im Gespräch: Lutz Kupitz. **4**

Die SPD-/LINKE-Koalition wird das Problem lösen
Über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge diskutieren Sebastian Walter, Isabelle Czok-Alm und Ralf Christoffers. **5**

Mission Mammon
Zum 100. Mal jährt sich die deutsche Verfassungsaufforderung, Kirche und Staat finanziell zu trennen. Aber noch immer zahlen die Bundesländer jedes Jahr Millionenbeträge. **6**

Was haben die Menschen in Brandenburg von Europa?
Mehr als sie denken, sagt Helmut Scholz, Kandidat der LINKEN für die Wahlen am 26. Mai 2019 zum Europäischen Parlament im Interview. **7**

Tag der Arbeit im Barnim

Veranstaltungen in Eberswalde, Bernau und Werneuchen

Auf zum 1. Mai nach Eberswalde!

Von Ralf Kaiser

Traditionell findet die Kundgebung zum Tag der Arbeit auf dem Eberswalder Marktplatz statt. Um 10:30 eröffnet der DGB-Kreisverband Barnim die Veranstaltung. Die Mai-Rede hält die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg, Susanne Karawanskij (LINKE). Musikalisch wird die Kundgebung durch den Sänger Carly Peran sowie einem Schülerchor begleitet. Gewerkschaften, Parteien und Verbände laden an ihren Infoständen zu Gesprächen ein. Es wird in diesem Jahr auch ein Fußball-Schüler-Cup geben, zu dem die Grundschulen im Landkreis angeschrieben wurden.

Für die Jüngsten steht die Hüpfburg zur Verfügung sowie Kinderschminken, Tombola und Popcorn.

1. Mai in Bernau

Von Thomas Sohn

Es ist schon zu einer guten Tradition geworden das sich in Vorbereitung des 1. Mai in Bernau neben Gewerkschaftern auch Parteien und Vereine zur Vorbereitung und Organisation zusammenfinden.

1. MAI 2019
EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!
Auf die Straße für ein solidarisches & gerechtes Europa!

Auch in diesem Jahr wird der Erste Mai in Bernau wieder auf dem Platz vor dem Steintor von 10 bis 14 Uhr begangen werden.

EUROPA jetzt aber richtig ist dabei der politische Schwerpunkt. Wir werden in Form eines Bürgerdialoges gemeinsam über die Fragen Grundeinkommen-Mindestlohn, Frauenwahlrecht-Rolle der Frau

und Wohnen diskutieren, auch unter dem Aspekt, welchen Einfluss hat Europa, hat die Europapolitik auf Bernau.

Alle Bernauerinnen und Bernauer sind recht herzlich dazu eingeladen. Umrahmt wird diese Veranstaltung natürlich auch mit Musik, Kultur und politischer Satire, es werden sich Bernauer Vereine und Organisationen vorstellen. Neben interessanten Gesprächspartnern ist natürlich auch für das leibliche Wohl gesorgt. Es lohnt sich also vorbeizuschauen.

1. Mai in Werneuchen

Von Alexander Horn

In Werneuchen findet traditionell das 1. Mai-Fest von 9 bis 12 Uhr auf dem Marktplatz statt.

DIE LINKE Werneuchen-Ahrensfelde wird wieder mit einem Stand vertreten sein.



Mitmachen!

<https://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden>

Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADEDIGZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

„Gundermann“ in Panketal

Zur zweiten Vorführung des Films „Gundermann“ von Andreas Dresen lädt die Panketaler LINKE am **12. April** um 20 Uhr in den Wintergarten von LEOS'S Restauration, Schönower Straße 59, ein.

Rathausfest

Das traditionelle Rathausfest der Gemeinde Panketal findet am **13. April** von 10 bis 15 Uhr rund um das Rathaus direkt am S-Bahnhof Zepernick statt. Außerdem gibt es Besuchsmöglichkeiten des Wasserwerks und der stillgelegten Mülldeponie in Schwanebeck. Die LINKE ist mit einem Stand vertreten.

Roter Salon

Eine ungezwungene politische Gesprächsrunde für LINKE und Sympathisanten im Bürgerzentrum Bernau, Berliner Straße 17. Nächster Termin: **17. April**, 18 Uhr.

Frühlingsfest

DIE LINKE Panketal lädt am **5. Mai** ab 14 Uhr auf das Gelände der Gesamtschule Zepernick, Schönerlinder Straße zu ihrem traditionellen Frühlingsfest ein.

Tag der Befreiung

Zum Tag der Befreiung am **8. Mai** lädt DIE LINKE Wandlitz um 10 Uhr zur Kranzniederlegung am Sowjetischen Ehrenmal in Klosterfelde, Hauptstraße, an der B109, ein.

Straßenfest

„Menschlichkeit kennt keine Alternative“ ist das Thema eines Straßenfestes, das am **11. Mai** von 15 bis 22 Uhr im Bernauer Kützpark stattfindet. Organisiert wird es von dem Bernauer „Netzwerk für Weltoffenheit“, welches in seinem Selbstverständnis für eine von Diversität gekennzeichnete, solidarische Gesellschaft steht und in seinen Aktivitäten klar Stellung gegen Diskriminierung, Rassismus und Sexismus bezieht. Zudem stehen Themen wie Antifaschismus und Klimaschutz im Fokus der Zusammenarbeit.

Projekte, Initiativen, Vereine und Einzelpersonen aus der Region stellen sich im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai vor. Neben einem kulturellen und musikalischen Rahmenprogramm kann die Arbeit in den verschiedenen Projekten präsentiert und ein Austausch zwischen den Akteur*innen sowie mit Interessierten stattfinden.

Tino Eisbrenner in Klosterfelde

Am **18. Mai** kommt Tino Eisbrenner mit seinem Programm „Das Lied vom Frieden“ nach Klosterfelde in die Gaststätte „Zum tapferen Schneiderlein“, Klosterfelder Hauptstraße 70. Veranstaltet wird dieser Abend von DIE LINKE Wandlitz.

Rückfragen an:
czok-alm@dielinke-barnim.de.

Car-Sharing

Die Einführung einer so genannten „Pampa-App“ beantragten die Grünen auf dem Kreistag am 6. März. Auf Antrag der LINKEN wurde der Antrag insofern modifiziert, dass die Kreiswerke prüfen sollen, ob im Rahmen ihres Pilotprojektes Car-Sharing zur Förderung der Elektromobilität die Einführung einer solchen App möglich und erforderlich ist.

Der „Equal Pay Day“

fiel in diesem Jahr auf den 18. März. Er markiert symbolisch den Tag des Jahres, ab dem Frauen beginnen, Geld zu verdienen. Denn noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt 21 Prozent weniger als Männer. Viele Mitglieder der LINKEN beteiligten sich an den Aktionen dieses Tages in Brandenburg.

Kostenfreier Nahverkehr für Schüler?

Schülerinnen und Schüler sollen im Barnim weiter finanziell entlastet werden, das beantragte die LINKE auf dem Kreistag am 6. März. Dazu wird nun die Kreisverwaltung drei verschiedene Varianten prüfen. Die von den LINKEN bevorzugte Möglichkeit ist die kostenfreie Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs mit einem gültigen Schülerausweis; neben höchster Entlastung steht hier auch der verwaltungstechnisch geringste Aufwand. Die Entscheidung dazu soll im Rahmen der Haushaltsberatungen 2020 erfolgen.

Zukunft für Stahlwerker

Die Konzernleitung von ArcelorMittal plant umfangreiche Umstrukturierungen. Was das für das Hüttenwerk in Eisenhüttenstadt mit rund 1.500 Stahlwerkerinnen und Stahlwerkern bedeutet, steht noch nicht fest. „Für die LINKE ist klar, dass der Erhalt des Stahlwerks für die gesamte Region von Bedeutung ist – vor allem natürlich für die Beschäftigten. Dafür werden wir kämpfen!“, erklärte Sebastian Walter, Spitzenkandidat der LINKEN für den Landtag, vor Ort in Eisenhüttenstadt.

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab.

Kreisverband:

Kreisvorstand: 24. April, 18 Uhr, Werneuchen/Ahrensfelde

Links-Eck Eberswalde: Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de,

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org [**solid**]; E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten:

Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im Links-Eck, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de, Mo - Do, 9 bis 16.30 Uhr

Ralf Christoffers: Tel.: 03338-7047455; Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de;

nächste Sitzungstermine: Nach Konstituierung des neuen Kreistages nach der Wahl am 26. Mai 2019.

Eberswalde: Stadtvorstand im Links-Eck Eberswalde: Öffnungszeit Freitags 14 bis 16 Uhr, Fraktion: Tel.: 03334-236987, Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de, Sitzungen am 8. und 23. April, 18 Uhr Links-Eck; Stadtverordnetenversammlung: 29. April, 18 Uhr, Kreistagssaal, P.-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Bernau bei Berlin: Stadtvorstand: 1. und 3. Montag, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau;

Fraktion: Mail: fraktion-bernaue@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251; Sitzung am 9. April u. 14. Mai, 18 Uhr, Fraktionsraum, Bürgersprechstunde: 9. Mai, 15-18 Uhr, Bürgerzentrum, Berliner Straße 17; Stadtverordnetenversammlung: 11. April und 16. Mai, 16 Uhr, Stadthalle Bernau

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de, Mitgliederversammlung am 15. April, 19 Uhr, Rathausaal, Schönower Str. 105; Fraktion: Mail: ac.zill@gmx.de; Sitzung 2. Mai, 19 Uhr, Lesesaal der Bibliothek; Gemeindevertreterversammlung: 13. Mai, 19 Uhr, Rathausaal

Wandlitz: Ortsverband: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de, Mitgliederversammlung 23. April, 19 Uhr, Barnimer Hof, Am Markt 9, 16348 Basdorf; Fraktionssitzung 9. Mai, 19 Uhr, Barnimer Hof, Basdorf; Gemeindevertreterversammlung: 11. April, 19 Uhr Kulturbühne „Goldener Löwe“ Wandlitz

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de; Ortsverband: 5. April und 3. Mai 19 Uhr, Partykeller am Bahnhof Werneuchen; Fraktionssitzung: 23. April 14. Mai, 19 Uhr, Partykeller am Bahnhof Werneuchen; Stadtverordnetenversammlung: 4. April und 23. Mai, 19 Uhr, Adlersaal Werneuchen

Ahrensfelde: Tel.: 0173-2478237, Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de; Ortsverband: 5. April und 3. Mai, 19 Uhr, Partykeller am Bahnhof Werneuchen; Fraktionssitzung: 4. April und 9. Mai, 18.30 Uhr, Rathaus Ahrensfelde, Raum 106; Gemeindevertretungssitzung: 15. April, 19 Uhr, Rathaus Ahrensfelde, Raum 106

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Sitzung 26. April, 18 Uhr, Zur Alten Eiche Biesenthal; Fraktion: 24. April, 18 Uhr, Zur Alten Eiche; Stadtverordnetenversammlung: 23. Mai, Mensa d. Grundschule „Am Pfefferberg“ Biesenthal, Bahnhofstr. 9-12

Schorfheide: Ortsverband: jeden 1. Donnerst./Monat, 18 Uhr, Treff Procurant Finowfurt, Alte Mühle 5a

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte
der LINKEN Barnim &
Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim,
Heegermühler Straße 15,
16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-22026,
Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb),
Berit Christoffers (bc), Birgit
Hoplitshchek (hop), Klaus Kleinmann
(kk), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz
Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm),
Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian
Walter (ViSdP/sw), Bärbel Mierau (bm),
Christel Zillmann (cz)

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 21.000

nächster Redaktionsschluss:

29. April 2019

nächster Erscheinungstermin:

22. Mai 2019 (kreisweite Verteilung mit
„Märkischem Markt“)

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die
Veröffentlichung eingesandter
Zuschriften und kann diese Sinn während
kürzen.

download: www.dielinke-barnim.de
alle archivierten Zeitungen sind als
pdf-Datei vorhanden.

Oder direkt:
QR-Code
scannen.



Keiner schiebt uns weg!

Zum 10. Mal lud die Bernauer Stadtfraktion der LINKEN am 6. März zum Politischen Aschermittwoch.

Die zahlreichen Gäste füllten in diesem Jahr die Stadthalle.

OW-Beitrag/wk

Drängende Probleme der Stadt und Kuriositäten aus Politik und Parlamentsarbeit wurden auch bei der 10. Auflage des Politischen Aschermittwochs humorvoll zur Sprache gebracht oder zu bekannten Melodien gesungen.

Natürlich wurden „Straßenausbaubeiträge“ nicht ausgelassen. Dazu gab es die „99sten Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV)“, zu der es 6 gegensätzliche Anträge gab: für den Erhalt der Beiträge, die Abschaffung, die Erhöhung, die Senkung und schließlich



„Modellprojekte“. Mit einem Seitenhieb auf die Linksfraktion im Landtag, die in dieser Frage „umgefallen“ sei, endete die Szene.

Thematisiert wurde auch die sich in der Stadt zuspitzende Verkehrsproblematik. Eindrucksvoll in diesem Zusammenhang die Szene zum Schienenersatzverkehr: In überfüllten Bussen komme man sich durchaus näher.

Ein Höhepunkt des Abends war der Streit zwischen den Ortsteilen: „Börni“, „Ladi“, „Schöni“, „Waldi“, „Lobi“ und die „3 Birken“ brachten ihre Wünsche und Forderungen – Supermarkt, Radwege, Windräder,

neue Straßen, Gemeindehäuser gegenüber der „Sonne“ (SVV) zum Ausdruck, wurden aber von ihr an den „König“, Bürgermeister André Stahl, verwiesen.

Besonderen Applaus erntete das „Ballett für Bernau“. Die Solisten Burkhard Seeger, Marek Lipp, Matthias Holz, Wolfgang Kirsch und Michael Junghans demonstrierten, dass Bernau kulturvoll ist.

Amüsant war auch die Übertragung des Fußballspiels „FC Bundestag (gesponsert von der deutschen Automobilindustrie) gegen USA“ bei der „Parlamentsweltmeisterschaft“. Hervorgehobene Spieler: Donald

Trump – „Er zieht die Fäden im Mittelfeld, ist der Chef der Verteidigung und im Sturm der Vollstrecker“; Gregor Gysi als „gelernter Zonenverteidiger“; die Flügelspieler Robert Habeck und Annalena Baerbock, die „permanent die Seiten wechseln“; Merkel, die „böse vom grobschlächtigen Horst Seehofer abgegrätscht“ wird; Björn Höcke mit der Nummer 88, der in Streit mit Franz J. Strauß ob der „am weitesten rechten Position“ gerät; Markus Söder, der als Torwart „keinen rein lässt“, und letztlich Sahra Wagenknecht, die „im Abseits steht“ und versucht, die „Besucher zum Aufstehen zu bewegen“.

Stärkung sozialer Rechte in Europa

Dr. Martin Schirdewan führt die Kandidatenliste der LINKEN zur Europawahl an und wurde im März bei „Offene Worte mit Dagmar Enkelmann“ interviewt

Von Wolfgang Krafczyk

Er wuchs bei seinen Großeltern in Ostberlin auf, geprägt durch die antifaschistische Grundeinstellung des ehemaligen KZ-Häftlings und späteren Mitglieds des Politbüros des ZK der SED Karl Schirdewan, seines Großvaters, der 1958 mit seiner Forderung nach Überwindung des Stalin-Kults in Ungnade fiel und seiner Ämter enthoben wurde. Dr. Martin Schirdewan, der Enkel, war am 10. März zu Gast im Bernauer Treff 23, bei „Offene Worte mit Dagmar Enkelmann“. Er erlebte die politische „Wende“ in der DDR während seiner Schulzeit. Später studierte er Politikwissenschaften, schrieb seine Dissertation zur Politik linker Parteien in Europa. Er arbeitete einige Jahre als Redakteur bei verschiedenen Zeitschriften, wurde Mitarbeiter beim Bundestagsabgeordneten Roland Claus und letztlich bei der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“. Seit 2017 ist er Abgeordneter des Europaparlaments und führt jetzt die Kandidatenliste der LINKEN für die Europawahl mit an.

Um Europa ging es dann auch vorrangig: Wie sind die Chancen für die LINKEN bei der anstehenden Wahl? Ist mit einer Stärkung der rechten Kräfte zu rechnen? Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Brexit? Und wie ist die Haltung der LINKEN zur EU insgesamt?

Martin Schirdewan machte keinen Hehl daraus, dass es in der LINKEN unterschiedliche Positionen zur EU gibt. Grundsätzliche Kritik an den EU-Institutionen und ihrer Politik trifft auf das Bestreben zur Mitgestaltung der europäischen Integration mit einer stärkeren sozialen Ausrichtung und weiteren Demokratisierung. Der Europa-Parteitag Ende Februar habe gezeigt, dass Auseinandersetzungen dazu aber „kulturvoll“ verlaufen. Das Wahlprogramm der LINKEN wurde mit nur wenigen Gegenstimmen angenommen.

Schirdewan zeigte sich überzeugt, dass es gerade jetzt, da sich die Gefahr einer erneuten atomaren Aufrüstung abzeichnet und sich Konfliktsituationen mehren, einer starken europäischen Linken bedarf. Es gebe die berechtigte Hoffnung,

dass die Fraktion GUE/NGL, zu der auch die Abgeordneten der LINKEN gehören, gestärkt aus der EU-Wahl hervorgehen könnte. Es werde damit gerechnet, dass weitere Parteien des linken Spektrums dazu stoßen. Ein verändertes Kräfteverhältnis im EU-Parlament könnte dazu beitragen, dass grundsätzliche Reformen z. B. zur Stärkung sozialer Rechte und der Rechte von Arbeitnehmern durchgesetzt werden. Das Parlament müsse das Recht auf eigene Gesetzesinitiativen erhalten. Bislang kann das EU-Parlament Vorschläge der EU-Kommission nur annehmen oder ablehnen. Zudem müsse das Vetorecht des Europarates gestrichen werden. Aber auch die national-konservativen Kräfte gehen nach Einschätzung von Schirdewan zunehmend in die Offensive. Es sei das Bestreben zur engeren Kooperation und besseren organisatorischen Verzahnung zu verzeichnen. Letztlich kann auch der „Brexit“ in diesem Kontext gesehen werden. Enttäuschte Hoffnungen der Bürger*innen bezüglich der europäischen Integration, aber auch die „Flüchtlingskrise“

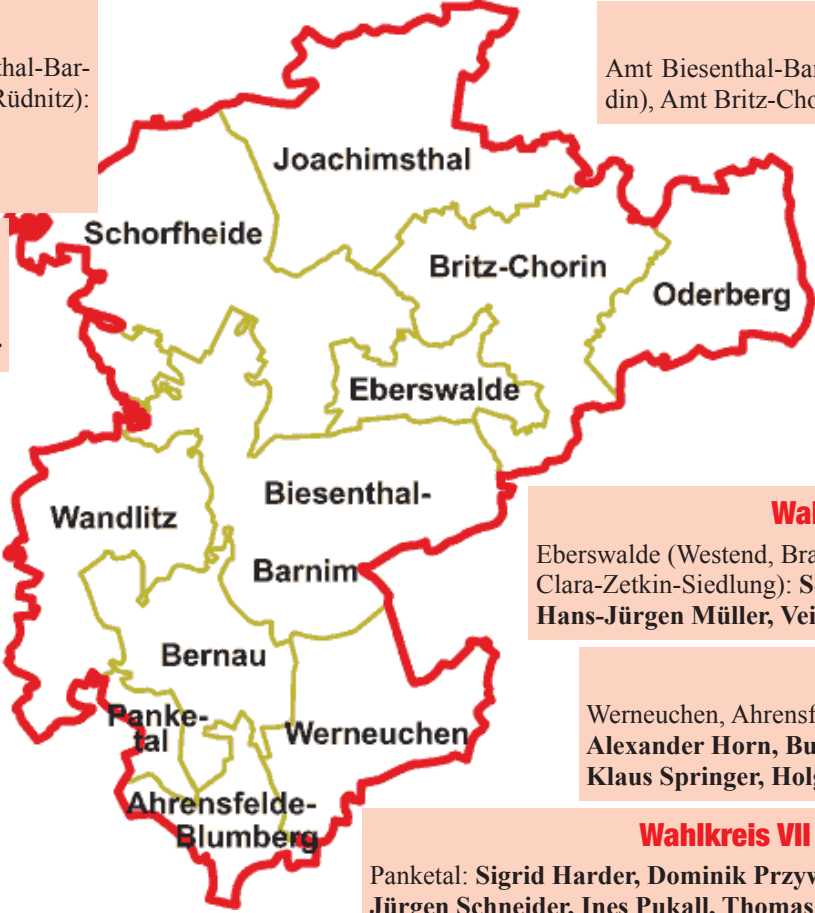
führen zur Stärkung nationalistischer Tendenzen. Dabei werden die Folgen weitgehend ausgeblendet. Allein in der BRD sind durch den Austritt Großbritanniens 120.000 Arbeitsplätze betroffen und die Grundrechte von 5 Millionen Arbeitskräften bedroht. Voraussichtlich wird zudem die britische Regierung nach dem EU-Austritt die Steuern senken, was dem Steuersenkungswettbewerb in Europa Tür und Tor öffnet.

Abschließend fasste Dr. Schirdewan die Kernthesen der LINKEN zur EU zusammen:

- ▷ Rund 50 Millionen Bürger*innen sind in der EU arm. Die EU muss sozialer werden.
- ▷ Es muss endlich Steuergerechtigkeit in der EU hergestellt werden.
- ▷ Die EU muss eine konsequente Friedens- und Entspannungspolitik betreiben.
- ▷ Klimaschutz und Energiewende müssen zu einem zentralen gemeinsamen Anliegen der EU werden. Damit traf Martin Schirdewan auf einhellige Zustimmung des Publikums, das den Gast mit herzlichem Applaus verabschiedete.

Am 26. Mai: LINKE in den Kreistag

9 Wahlkreise gibt es im Barnim für die Wahlen zum Kreistag. Hier finden Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN.



Wahlkreis VIII
Gemeinde Schorfheide, Amt Biesenthal-Barnim (Stadt Biesenthal, Marienwerder, Rüdnitz):
Dirk Siebenmorgen, Katrin Severin, Stefan Wegener, Lena Bonsiepen, Margitta Mächtig

Wahlkreis IX
Amt Biesenthal-Barnim (Sydower Fließ, Melchow, Breydin), Amt Britz-Chorin-Oderberg, Amt Joachimsthal:
Ralf Christoffers, Sebastian Oehmicke, Henry Pepinski, Pascal Heinrich

Wahlkreis VI
Wandlitz: **Kerstin Berbig, Isabelle Czok-Alm, Gabriele Bohnebeck, Frank Bergner**

Wahlkreis I
Eberswalde (Nordend, Stadtmitte, Ostend, Sommerfelde, Tornow, Spechthausen):
Prof. Alfred Schultz, Veiko Kunkis, Michael Wolff, Volker Passoke, Paul Doormann, Ricardo Apel

Wahlkreis III
Bernau (Lindow, Eichwerder, Friedenthal, Bernau-Süd, Lobetal, Ladeburg, Börnicke, Schönow):
Lutz Kupitz, Michelle Petroll, Dominik Rabe, Thomas Sohn, Matthias Holz

Wahlkreis II
Eberswalde (Westend, Brandenburgisches Viertel, Finow, Clara-Zetkin-Siedlung): **Sebastian Walter, Ulrike Glanz, Hans-Jürgen Müller, Veit Seefeld, Ralf Kaiser**

Wahlkreis IV
Bernau (Stadtzentrum, Nibelungen, Birkenhöhe, Blumenhag, Rehberge, Waldfrieden, Rutenfeld, Birkholz, Birkholzaue, Waldsiedlung, Pankeborn, Gieses Plan):
Sylvia Pyrlík, Christine Poppitz, Carsten Schmidt, Irene Köppe, Sören-Ole Gemski

Wahlkreis V
Werneuchen, Ahrensfelde-Blumberg:
Alexander Horn, Burckhardt Ackermann, Karen Mohr, Klaus Springer, Holger Schulze

Wahlkreis VII
Panketal: **Sigrid Harder, Dominik Przywara, Eva Schmidt, Jürgen Schneider, Ines Pukall, Thomas Stein, Frank Willimzik**

Gleichwertige Lebensbedingungen im Barnim

LINKE: Der Landkreis Barnim hat inzwischen wieder viele kommunale Unternehmen. Mit ihnen können Erträge für die Einwohnerinnen genutzt werden, erklärt Lutz Kupitz.

Im März fand die letzte Sitzung des Kreistages in dieser Wahlperiode statt. Was hat die LINKE in den letzten 5 Jahren im Kreistag erreicht?

Mit einem Förderprogramm von 10 Millionen Euro hat der Landkreis Barnim aus eigener Kraft die ländlichen Regionen innerhalb unserer Region unterstützt – damit haben wir uns von lokalem Egoismus verabschiedet.

Kommunale Betriebe zu stärken und neue Geschäftsfelder zu erschließen war ein weiteres Ziel für uns. Kontinuierlich haben wir daran gearbeitet, die Qualität der Gesundheitsversorgung durch die kreiseigene Gesundheitsholding GLG auszubauen. Dazu wurden auch Investitionen aus dem Kreishaushalt getätigt.

Auch der öffentliche Nahverkehr wird durch ein kommunales Unternehmen betrieben ...

Ja, durch eine gründliche Vorbereitung konnten wir sichern, dass die europaweit ausgeschriebene Vergabe von Verkehrsleistungen wieder an die kreiseigene Barnimer Busgesell-

schaft erfolgte. Zur Unterstützung des öffentlichen Nahverkehrs wurden in den einzelnen Haushaltsjahren immer zusätzliche Gelder eingestellt.

An der Erarbeitung eines Barnimer Radwegprogramms haben wir mitgewirkt. Dabei war uns wichtig, den Schul- und Alltagsverkehr als oberste Priorität beim Ausbau festzuschreiben.

Seit 2016 gibt es Energiewerke im Barnim. Warum?

Die Gründung kreislicher Energiewerke war eines unserer Hauptziele, um regionale Wertschöpfung und mögliche Erträge aus der Energieproduktion auch kommunal nutzen



Lutz Kupitz, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der Barnimer LINKEN
Foto: v. Dühren

zu können. Die Gesellschaft ist mittlerweile Bestandteil der Kreiswerke Barnim, bei der auch die Abfallentsorgung in kommunaler Verantwortung liegt.

In den letzten Jahren wechselten weitere weiterführende Schulen von den Gemeinden in die kreisliche Trägerschaft. Warum?

Weil wir Schulstandorte erhalten und ausbauen wollen. Mit dem Wechsel zum Kreis konnten

wir sichern, dass die Lernbedingungen an den kreisgeleiteten Schulen durch Investitionen weiter verbessert wurden. Das ist noch nicht abgeschlossen, da zum Beispiel Werneuchen noch über die Abgabe ihrer Schulträgerschaft an den Kreis diskutieren und der Kreis in Bernau eine neue Schule baut.

Und im sozialen Bereich ...

... haben wir die Schulsozialarbeit verbessert, an der Erarbeitung eines Teilhabeplanes mitgewirkt, eine Überarbeitung der Richtlinie für die Kosten der Unterkunft vorgenommen. Der Landkreis stellt kostenfrei Schulmilch an den Barnimer Förderschulen bereit und unterstützt die Barnimer Willkommensinitiativen.

Welche Themen sind der LINKEN für die nächste Jahre wichtig?

Die Themen ergeben sich aus der Arbeit der letzten Wahlperiode. Schwerpunkte für uns bleiben der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Investitionen in die Barnimer Schulen und die Förderung ländlicher Regionen. Ziel ist es, einen kostenlosen Schülerverkehr zu etablieren. Wir wollen Instrumente finden, wie der Kreis die Kommunen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unterstützen kann.

DIE LINKE sieht die Hauptaufgabe des Kreises darin, seiner Ausgleichsfunktion nachzukommen, um in allen Kommunen des Kreises gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen.

„Die SPD/LINKE-Koalition wird das Problem lösen“

Im Land Brandenburg wird die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge diskutiert. Städte und Gemeinden erheben sie. Es gibt soziale Härten, aber auch Vorteile für Grundstückseigentümer. Andere Bundesländer diskutieren, die Abschaffung wieder rückgängig zu machen. Einfache Lösungen gibt es nicht.

Im Gespräch: Sebastian Walter, Isabelle Czok-Alm und Ralf Christoffers.

Im März fand eine Anhörung im Innenausschuss des Landtages statt, die sich mit den Straßenausbaubeiträgen beschäftigte. Was war der Inhalt?

Ralf Christoffers: Die Volksinitiative für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge hat den Landtag mit rund 100.000 Unterschriften beauftragt, sich mit dem Thema zu beschäftigen – im Übrigen haben sich sehr viele Mitglieder der LINKEN daran beteiligt. Bereits seit März 2018 debattieren aber auch die Fraktionen und Ausschüsse dazu, das war auch den Initiatoren der Volksinitiative bekannt, denn es stellt sich inzwischen in vielen Bundesländern die Frage: Soll man Straßenausbaubeiträge – damit eine finanzielle Belastung für Grundstückseigentümer – abschaffen?

Worum geht es dabei?

Isabelle Czok-Alm: Seit rund 150 Jahren gibt es Beiträge zur Unterhaltung von kommunalen Straßen, die durch Anlieger zu zahlen sind. Heute wird unterschieden zwischen Erschließung, also dem Neubau einer Straße, und dem Ausbau, also der Erneuerung einer Straße. Generell entscheiden Kommunen, welche Straßen zu erschließen oder auszubauen sind und können dazu bis zu 90 Prozent der Kosten auf die Grundstückseigentümer umlegen. Wichtig wäre hier ein Mitbestimmungsrecht. Mieter werden an den Kosten nicht beteiligt.

Sebastian Walter: Die Kommunen haben landesweit sehr ver-

schiedene Regelungen. Hier sieht man auch Unterschiede in den Vermögensverhältnissen. Dass Straßen erschlossen werden, ist inzwischen eigentlich nur bei neuen Wohngebieten der Fall. In den 1930-er Jahren wurden tausende Kilometer Straßen erschlossen, dafür wurde bereits „Pflastergeld“ bezahlt. Wenn dies der Fall ist – also in der Vergangenheit bereits Erschließungsgeld gezahlt wurde, geht es um Straßenerneuerungen, dann fallen Ausbaubeiträge an.

Was plant die SPD/LINKE-Landesregierung?

Ralf Christoffers: Die Koalition will die Beiträge abschaffen. Die Erwartungen sind hoch. In den Kommunen wird abgewartet, weil keiner mehr ein Straßenbauprojekt in Angriff nimmt, bis das Land eine Entscheidung trifft...

Sebastian Walter: Viele Kommunen haben mit ihren eigenen Satzungen zum Straßenausbau Ungerechtigkeiten und Härtefälle verursacht. Weil es hier aber keine schnelle Abhilfe geben wird, begrüße ich die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Auch, wenn ich nicht will, dass wir mehr Geld in Beton als in Köpfe investieren ...

Ralf Christoffers das Land ist aber insofern zuständig, dass es mit dem Kommunalabgabengesetz (KAG) die Erhebung oder Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen entscheidet. Im Rahmen des geltenden KAG haben die Kommunen die Beitragserhebung sehr unterschied-



Diese drei Barnimer LINKEN kandidieren für den Kreistag, der **am 26. Mai** gewählt wird: v.l.n.r.:

Sebastian Walter, Wahlkreis II; siehe Seite 4

Ralf Christoffers, Wahlkreis IX; siehe Seite 4

Isabelle Czok-Alm, Wahlkreis VI; siehe Seite 4

Alle drei stehen auch **am 1. September** als Direktkandidaten für den Landtag zur Wahl, und zwar Sebastian Walter im Wahlkreis 13, Ralf Christoffers im Wahlkreis 14, Isabelle Czok-Alm im Wahlkreis 15.

lich gehandhabt. Die jetzt als ungerecht empfundene Situation muss das Land nun lösen.

Isabelle Czok-Alm: Ich wohne z.B. in Klosterfelde am Ende einer Straße, an der es nur Anlieger gibt. Schäden an der Straße entstehen durch schwere landwirtschaftliche oder andere betriebliche Fahrzeuge – bezahlen würden den Ausbau aber die Anlieger ... Es sind viele Einzelheiten, die die Betroffenen zu Recht aufregen. Je ländlicher das Gebiet, umso mehr trifft man auf Eigentümer mit großen Grundstücken – die diese traditionell besitzen. Weder steht hier der Grundstückswert noch das Einkommen der Eigentümer in irgendeinem Verhältnis zu den Beiträgen, die man für einen Straßenausbau bezahlen muss.

Ralf Christoffers: Dennoch gibt es auch andere Wege: In Bernau z.B. will Bürgermeister André Stahl die Anwohner befragen, ob sie eine Straße ausgebaut haben wollen und wenn

ja, in welchem Umfang.

Und es muss auch heute bereits bestimmte Härten, die die Stimmung gegen Straßenausbaubeiträge anheizen, einfach nicht geben. Stundung, Erlass, die Höhe der Beiträge kann bereits jetzt angepasst werden.

Um auf die Lösung zurückzukommen: Wie soll sie aussehen? Und wie kann das Land die Kosten tragen, mit denen die Städte und Gemeinden ja letztlich entlastet werden?

Sebastian Walter: Es wird vier Modelle für die Finanzierung geben (*siehe Kasten*) – und soziale Härten sollen ausgeschlossen werden. Dennoch bedeutet dies im Umkehrschluss: Wenn der Landtag der Volksinitiative stattgibt, wird die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge umgedreht andere soziale Härten nach sich ziehen. Denn die anvisierten 30 Millionen Euro jährlich entfallen für andere Projekte.

Im April liegt dem Landtag zur Entscheidung vor: Übernahme der Straßenausbaubeiträge

Es wird ein gesonderter Fonds in Höhe von 100 Millionen Euro angelegt, um die jährlichen Kosten von rund 30 Millionen Euro finanzieren zu können.

Der Stichtag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge soll der 1. Januar 2019 sein. Das bedeutet: Alle bis dahin nicht abgeschlossenen Bauvorhaben fallen unter die geänderten Regelungen. Von da an übernimmt das Land die Kosten der Straßenausbaubeiträge, die zuvor auf die Grundstückseigentümer umgelegt worden wären. Die Kommunen erhalten dafür eine Pauschale als Ausgleich. Zusätzlich wird es zur Sicherung der Konnektivität* eine Klausel geben, die bei einem überdurchschnittlichen Aufwand zum Straßenausbau sicher stellt, dass auch finanzielle Mittel über die Pauschale hinaus bereit gestellt werden können.

*Verpflichtung des Landes, bei gesetzlichen Leistungen, die das Land festlegt und den Kommunen überträgt, die Kosten zu übernehmen.

Mission Mammon?

Zum 100. Mal jährt sich die deutsche Verfassungsaufforderung, Kirche und Staat finanziell zu trennen. Aber noch immer belasten 200 Jahre alte Verträge zwischen Kirche und Staat vor allem die Bundesländer mit Millionenbeträgen jedes Jahr.

Im folgenden Artikel geht es nicht um Religion, nicht um Glauben oder Gläubige, sondern darum, dass sich die Institution Kirche neben dem Staat als eine Art rechtseigener Raum etabliert hat. Sie wird vom Staat – und damit von allen, ob gläubig oder nicht, ob Muslim, Jude, Christ oder Atheist – so stark finanziert, dass man an der Trennung von Kirche und Staat zweifeln muss. Und dabei geht es um reine Kirchenfinanzierung, nicht um Aufgaben in freier Trägerschaft.

Anlass für die erneute OW-Recherche zu diesem Thema ist ein 100-jähriges Jubiläum: Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919 regelte, dass es keine Staatskirche gibt und dass Religions- und re-

Von Klaus Kleinmann

Wenn in Deutschland Geld für soziale Maßnahmen bereitgestellt werden soll, heißt es von interessierter Seite meist, dafür sei kein Geld da. Beispiel: Hubertus Heil, der Arbeits- und Sozialminister, will die Renten für Geringverdiener auf knapp 900 Euro monatlich aufstocken, was für die Betroffenen immerhin die Altersarmut ein wenig lindern könnte. Die CDU hält das für „nicht finanzierbar“. Wirklich nicht?

Bis auf den heutigen Tag vergessen konfessionell gebundene Politiker gerne das astronomische Leck im Staatshaushalt, aus dem pro Jahr zweistellige Milliardenbeträge an die Großkirchen fließen. Diese sind offenbar sehr wohl finanzierbar. Sie werden auf politischer Ebene kaum je in Frage gestellt, zumal eine beträchtliche Zahl der Abgeordneten mit der Kirche verhandelt ist, und die Kirche durch sie ihre Lobbyisten in jedem Gremium und in jedem Gesetzgebungsverfahren sitzen hat.

Wenn man fragt, auf welcher rechtlichen Basis diese Zahlungen stehen (siehe unten stehende Übersicht), muss man teilweise weit zurückschauen: Im Jahre 1803 erklärten die deutschen Landesfürsten,

dass der Kirche Entschädigungen für ihre im Rahmen der napoleonischen Kriege säkularisierten Besitztümer zustehen. Bis heute pocht die Kirche auf Einhaltung dieser Verträge, obwohl mittlerweile gut 200 Jahre vergangen sind.

In den östlichen Bundesländern bekommt das ein ganz besonderes Geschmäckle: Die DDR hatte sich von diesen Verpflichtungen losgesagt, zahlte dennoch in 41 Jahren rund 630 Millionen Mark, wovon 93 Prozent an die Evangelische Kirche gingen, die übrigen Beträge an andere Glaubensgemeinschaften. Nach der Wende setzten die neuen Bundesländer die Kirche wieder in ihre alten Rechte ein, so sah es der Einigungsvertrag vor.

Und so zahlen sie denn. Das Land Berlin hatte in seinem Haushaltsplan für 2008 eine Gesamtsumme von 71 Millionen Euro für kirchliche Zwecke ausgewiesen. In Brandenburg – so recherchierten die OFFENEN WORTE im November 2013 – ist seit 1996 der Kirchenstaatsvertrag zwischen dem Land und den evangelischen Landeskirchen in Kraft, wonach das Land unter anderem für das Kirchenregiment und die Pfarrbesoldung und -versorgung einen Gesamtzuschuss zahlt, der jährlich entspre-

chend der Besoldungsregelungen für Beamte dynamisiert wird. Für 2014 betrug der Zuschuss dafür gut 10,7 Millionen Euro. Klagen dagegen wurden höchstrichterlich abgelehnt. Die Pfarrbesoldung und -versorgung läuft also weiter.

Für die Beendigung von Kirchenpatronaten dagegen initiierte Brandenburgs früherer Finanzminister Helmuth Markov (LINKE) eine Vereinbarung, die deren Ende besiegelt. Darunter fallen auch Kirchenbaulasten. In der Vereinbarung hat man sich auf einen Gesamtbetrag von 22,265 Millionen Euro geeinigt, der beginnend ab 2015 in 10 Jahresraten unverzinst vom Land Brandenburg an die Evangelische Kirche Mitteldeutschland.

Unabhängig davon gibt es jährlich Geld im mehrstelligen Millionenbereich vom Land zur Sicherung kirchlicher Bauten, die aber als Kulturdenkmäler unterstützt, und damit gleichbehandelt werden wie Schlösser und Herrenhäuser oder Dörfer mit historischen Dorfkernen. Dazu zählt das Domstift Brandenburg, indem zugleich das Landesarchiv und Teile des Archäologischen Museums untergebracht sind, das Kloster Lehnin und der Stifte Lindow, Marienfließ und Zehdenick und das Klos-

ter Neuzelle – bei letzterem wird zum Beispiel die Bausubstanz mit Landesmitteln erhalten, aber nicht der seit 2018 neu wieder zum Leben erweckte Klosterbetrieb unterstützt.

Mit dem Heiligen Stuhl – also der Katholischen Kirche – schloss Brandenburg im November 2003 einen Staatskirchenvertrag ab, der Gesetze von 1929 und 1933 erneuert. Neben den Rechten der Kirche unter anderem im Bildungswesen und Körperschaftsrecht sind hier auch Zahlungen des Bundeslandes geregelt.

Zudem erledigen Brandenburgs Finanzämter das Inkasso der Kirchensteuer, dafür zahlen die Religionsgemeinschaften eine Verwaltungskostenentschädigung in Höhe von 3 Prozent des Aufkommens der Kirchensteuer und sparen sich die erheblich höheren Kosten für die eigene Eintreibung. Die Kirchensteuer kommt im übrigen schon seit über 60 Jahren nicht mehr den kirchlichen Gemeinden direkt zugute. Das Geld geht an die Diözesen und wird von dort an die Gemeinden verteilt. Das erklärt, weshalb manche Gemeinden kaum das Nötigste finanzieren können – trotz hoher Einnahmen insgesamt.

(Wird fortgesetzt.)

Die milliardenschweren Subventionen des Staates an die Kirchen	
1) Verzicht des Staates auf Einnahmen	
Steuerverluste durch steuerliche Absetzbarkeit der Kirchensteuer	3,88 Milliarden Euro
Steuerbefreiung der verfassten Kirchen (die als Körperschaften des öffentlichen Rechts keine Steuern zahlen)	ca. 2,75 Milliarden Euro
	ca. 6,63 Milliarden Euro
2) Direkte Subventionen (unvollständig)	
Konfessioneller Religionsunterricht (katholisch und evangelisch) an Schulen	6,50 Milliarden Euro
Ausbildung der kirchlichen Theologen an den staatlichen Universitäten und Unterhalt kirchlicher Fachhochschulen	0,85 Milliarden Euro
Kirchliche Ersparnis durch Einzug der Kirchensteuer durch Staat, Arbeitgeber und Banken	1,94 Milliarden Euro
Denkmalpflege, Sanierung von Kirchenbauten (nur Anteil von Bund und Ländern)	0,47 Milliarden Euro
Seelsorge bzw. Mission in öffentlichen Einrichtungen (Militär, Polizei, Gefängnis etc.)	0,09 Milliarden Euro
Staatszuschüsse aufgrund von Konkordaten und Kirchenverträgen (Gehälter von kirchlichen Amtsträgern und Pensionen, so genannten "Dotationen")	0,54 Milliarden Euro
Zahlungen der über 11.000 Kommunen in Deutschland sowie der Landkreise und Bezirke, geschätzt	3,00 Milliarden Euro
Ausgaben öffentlicher Rundfunkanstalten für kirchliche Sendungen	0,28 Milliarden Euro
Zuschüsse an kirchliche Hilfs- u. Missionswerke	0,19 Milliarden Euro
Zuschüsse zur kirchlichen Kultur	0,02 Milliarden Euro
Sonstiges (z. B. Orden, Kirchentage, Stiftungen)	0,09 Milliarden Euro
Weitere Zahlungen, z. B. Zuschüsse für kirchliche Stellen im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes und anderes	unbekannt
Direkte Subventionen	ca. 13,97 Milliarden Euro
Gesamt 1) und 2)	ca. 20,60 Milliarden Euro

Quellen:

<http://www.stop-kirchensubventionen.de/>
Carsten Frerk, Violettbuch Kirchenfinanzen, Aschaffenburg 2010
http://www.theologie.de/kirchensubventionen_stopp.htm
www.staatsleistungen.de (Website von Dr. Carsten Frerk)
Kirchenstaatsvertrag Brandenburg

Was haben die Menschen im Brandenburger Land von Europa?

Mehr als sie denken, sagt Helmut Scholz, Kandidat der LINKEN für die Wahlen am 26. Mai 2019 zum Europäischen Parlament. Warum, das beantwortet er Frithjof Newiak im Interview.

Wenn wir am 26. Mai unsere Kreistags- und Stadtverordneten, unsere ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeindevertretungen und Ortsbeiräte wählen, dann wissen die meisten Menschen, wofür die Kandidatinnen und Kandidaten stehen. Aber „die da in Brüssel“, die Europa-Abgeordneten, sind für viele ganz weit weg. Wie sehen Sie das nach 10 Jahren im Europaparlament?

Brüssel ist viel näher an Brandenburg als viele denken. Schließlich bin ich selbst Brandenburger und habe hier auch einen meiner beiden Wahlkreise. Dadurch spüre ich ganz unmittelbar, wie das Europäische Parlament vor Ort wirkt. So wird etwa in der Euro-Region Spree-Neiße-Bober die Wiederherstellung und Pflege von historischen Parkanlagen aus EU-Mitteln unterstützt. Die Stadt Brandenburg sanierte mit Hilfe des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung Teile ihrer Haveluferpromenaden. Beide Maßnahmen kommen sowohl dem Tourismus als auch der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zugute. Oder nehmen wir die Hochschulen: Die EU fördert ein Projekt an der Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, bei dem erforscht wird, inwieweit Sonnenenergie in Elektroautos gespeichert werden kann. Dass in die



Sanierung und einen modernen Anbau im Stadtcampus der Hochschule Eberswalde ebenfalls EU-Gelder geflossen sind, ist inzwischen wahrscheinlich gar nicht mehr präsent.

Allen, die mehr wissen wollen, empfehle ich eine aufschlussreiche Internetseite: www.das-tut-die-eu-fuer-mich.eu. Hier ist sehr detailliert aufbereitet, was aus EU-Mitteln in den letzten Jahren vor Ort bewirkt und unterstützt wurde.

Das hört sich gut an. Aber wenn die EU Projekte vor Ort finanziert bzw. mitfinanziert werden: Welcher Handlungsspielraum bleibt da für die Kommunen?

Es ist falsch zu glauben, dass das Europäische Parlament in jedes Detail „reingeregieren“ will.

Das Europäische Parlament gibt den globalen Kontext vor und setzt die Richtlinie, einen Mindeststandard, den die Mitgliedsstaaten einhalten müssen. Was die Region oder die Kommune dann konkret daraus macht - ein „Mehr“ geht immer - bleibt unter ihrer Hoheit. Das halte ich für gut und richtig, denn für mich ist

die Kommunalpolitik das Kronjuwel linker Politik.

Natürlich benötigt gestaltende Kommunalpolitik finanzielle Mittel. Für die Finanzausstattung der Kommunen ist aber der nationale Gesetzgeber zuständig, nicht das Europaparlament. Insofern sind die Adressaten bei der Frage nach Handlungsspielräumen der Bund und das Land.

Die Kommunen verfügen häufig nur über einen

schmalen eigenen Finanzrahmen. Weshalb sie sich in der Praxis wohl eher für ein „Weniger“ anstelle eines „Mehr“ entscheiden dürften.

Da ist was dran. Dieser schmale Finanzrahmen hat auch damit zu tun, dass rund 80 Prozent der Sozialausgaben von den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden. Gäbe es einen auskömmlichen bundesweiten Mindestlohn, dann müssten viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht noch zusätzlich zum Amt und aufstockende Leistungen beantragen. Deshalb kritisiert DIE LINKE die Große Koalition für ihre Politik, die wachsende Sozialausgaben.

Das Land Brandenburg unter Rot-Rot hat im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten einiges zum Ausgleich für die Kommunen getan. Der

kommunale Finanzausgleich sorgt zum Beispiel dafür, dass reichere Kommunen in einen Topf einzahlen, aus dem dann ärmere Kommunen einen Ausgleich erhalten. Auch das Land selbst gibt an seine Kommunen mehr Geld als frühere Landesregierungen (unter anderen Parteikonstellationen) und baut trotzdem im Rahmen seiner Möglichkeiten die Schulden der Vorgängerregierungen ab. Der größte Brocken bleibt jedoch die Bundespolitik. Sie hat die größten Auswirkungen und hier muss der Wechsel her!

Wie wollen Sie die kommenden Wochen bis zu den Wahlen nutzen, um für Europa und für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu werben?

Wir als LINKE wollen, dass Menschen sich wieder stärker einmischen, sich Politik zurückholen, und Gesellschaft überall in der EU aktiv mitgestalten. Ich versuche so oft wie

Biografisches: Helmut Scholz

Geboren 1954 in Berlin, Abitur 1972 in Königs Wusterhausen, Studium am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen, danach tätig im DDR-Außenministerium und in der DDR-Botschaft in China, nach 1990 Mitglied im Parteivorstand der PDS/DIE LINKE, zuständig für Internationale Beziehungen, Gründungsmitglied der Europäischen Linken (2004), seit 2009 Mitglied im Europaparlament (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke), dort Mitglied in den Ausschüssen für Internationalen Handel, für Konstitutionelle Fragen, für Auswärtige Angelegenheiten; seine Wahlkreise: Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

möglich unmittelbar in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern unterwegs zu sein und mit den Leuten zu sprechen, ihnen deutlich zu machen, welche Wirkung die europäische Dimension auch für ihr Leben hat und wie sie sich selbst einbringen können.

Ja, EU-Politik gehört weiterentwickelt und verbessert. Was mich jedoch stört: eine oft zu hörende mangelnde Differenziertheit. So heißt es bei Kritik oft „Die da oben haben ...“ oder „Die in Brüssel haben ...“. So ist es ja nun nicht! Denn nicht „die da“ entscheiden, sondern es sind bestimmte politische Mehrheiten und Konstellationen. Wie diese aussehen, liegt auch in der Hand der Wählerinnen und Wähler. Und weil ich Optimist bin, kandidiere ich erneut für das Europäische Parlament.

2 Milliarden Euro der EU fließen nach Brandenburg

Über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt die EU die wirtschaftliche Entwicklung in allen EU-Ländern und Regionen. Daraus stehen Brandenburg für die Förderperiode von 2014 bis 2020 insgesamt rund 846 Millionen Euro zur Verfügung. Brandenburg setzt auf die Stärkung von angewandter Forschung, Entwicklung und Innovation, bessere Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Maßnahmen zur Minderung des CO₂-Ausstoßes sowie eine nachhaltige Stadt-Umland-Entwicklung.

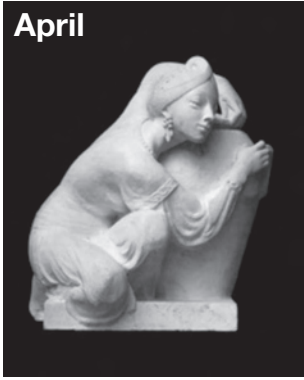
Für Verbesserung der Beschäftigungs- und Bildungschancen sowie der Armutsbekämpfung stehen Brandenburg im gleichen Zeitraum rund 362 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung. Die Mittel werden u.a. für bessere Qualität der Bildung und soziale Eingliederung eingesetzt.

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bezuschusst Förderprogramme für nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung und ländliche Entwicklung. Brandenburg und Berlin werden zwischen 2014 und 2020 gemeinsam rund 1,05 Milliarden Euro an Fördermitteln aus dem ELER erhalten. (Foto: ZV)

Frauen-
geschichte(n)

Lady Ellenborough

April



Von Gisela Zimmermann

Jane Digby wurde am 3. April 1807 in Dorset geboren. Auf dem Herrensitz ihres Großvaters, dem reichsten Grundbesitzer in Norfolk, verbrachte sie ihre Jugendjahre. 1853 hatte Jane Digby bereits drei Ehen hinter sich – mit dem damals doppelt so alten Lord Ellenborough, dem deutschen Baron Karl von Venningen und dem griechischen Adligen Spiridion Theotoky. Während dieser Ehen hatte sie zahlreiche Affären. Besonders intensiv war die Liebesbeziehung zu dem österreichischen Prinzen Felix Schwarzenberg, von dem sie sich eine Heirat erhofft hatte und zu der es nicht kam, weil Schwarzenberg seine diplomatische Karriere wichtiger war. Mit dem bayerischen König Ludwig I. verband sie allerdings lediglich eine sehr enge Freundschaft. Jane Digby brachte in dieser Zeit sechs Kinder zur Welt, von denen nur drei überlebten. Die Kinder wuchsen bei ihren jeweiligen Vätern auf.

Der Lebenswandel hatte ihren Ruf schwer beschädigt. 1853 verließ Jane Europa und begab sich auf ihr größtes Abenteuer. Sie reiste durch den Vorderen Orient bis nach Syrien. Ihre lebensgefährlichen Touren durch die Wüste hatten vor ihr nur wenige Europäerinnen gewagt. In Tagebüchern und detailgenauen Skizzen hielt sie ihre Eindrücke fest. Nachdem der junge Scheich Medjuel el Mezrab ihr bei einem Überfall das Leben gerettet hatte, verliebte sie sich in ihn. Die arabische Sprache war die neunte Sprache, die sie lernte. Und sie lernte Kamele melken, Butter machen, ein Herdfeuer aus Kameldung am Brennen halten. 1854 heirateten sie. Ihr Haus in Damaskus wurde eine beliebte Adresse für europäische Orientreisende. In Medjuels Beduinenstamm war sie wegen ihrer außergewöhnlichen Reitkünste, ihrer medizinischen Kenntnisse und nicht zuletzt wegen ihres großzügig geteilten Vermögens sehr geachtet. Ihre Liebe hielt bis zu Janes Tod am 11. August 1881 in Damaskus.



Kein Fake: Das Feldhäschen hatte wirklich einen Bernauer Garten als zeitweiliges Zuhause gewählt. Untergeschoben haben wir dem „Osterhasen“ aus aktuellem Anlass lediglich die Eier. Diese muss man auf dem Bild gar nicht erst suchen – da ist das Häschen schon besser getarnt.

Allen Leserinnen und Lesern wünscht die OW-Redaktion ein frohes Osterfest!

Lösungswort dieser Ausgabe: die grau unterlegten Felder benennen – in der richtigen Reihenfolge gelesen – ein Gremium, das am 26. Mai gewählt wird; **bis zum 30. April 2019** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heergermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de;

Preis dieser Ausgabe: Ein Jahresabo des „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Gewinnerin der März-Ausgabe: M. Kleibrink, Wandlitz; das richtige Lösungswort lautete: Frauentag

Waagrecht: 3. Behältnis, 8. rotes Haarfärbemittel, 9. Märchengestalt, 10. Nennwort, 11. Niederschrift, 13. griech. Dichter (7. Jh. vuz), 16. Leichtmetall (Abk.), 17. Lasttier, 20. weibl. Vorname, 21. Ortschaft im Trentino, 23. Luftgeist b. Shakespeare, 24. Steuerung d. Helligkeit v. Glühlampen, 25. Ausstrahlung einer Person, 27. Filmpositiv (Mz.), 30. türk. Journalistin, Frauenrechtlerin (1946-2006), 33. chem. Halbmetall, 35. Unentschieden, 36. Bitterlimonade (engl.), 37. Feingehalt v. Gold, 38. Hauptst. Vietnams, 39. Stockwerk, 40. Schriftsteller, 43. unnachgiebig, 46. Kindernahrung, 49. Flottenstreitmacht, 51. Geschäft, 53. Zahlwort, 54. dt. Rechenmeister (1492-1559), 56. Planet, 58. nord. Hirsch, 60. Herbstblume, 62. niederländ. mittelalterl. Wappenbuch, 63. Lobrede, 64. Tanzschüler, 65. Laubbaum, 66. beraten

Senkrecht: 1. westafrikan. Staat, 2. Belagerung, 3. Abschluss, 4. dt. Architekt (1803-1879), Dresden, 5. weibl. Vorname, 6. Alkaloid d. Tees, 7. Fluß durch Anklam, 12. Evergreen (Mz.), 14. Gebirge in Bulgarien, 15. Unhold, 18. Baumaterial, 19. Wettkampfklasse, 22. Vorzeichen, 26. Nebenfluss d. Saale, 28. Universitätsstadt in Thüringen, 29. weibl. Vorname, 30. Anteilsschein, 31. medizin. Hilfsmittel, 32. Nationalpark im US-Bundesstaat Utah, 34. rechtl. Beurkunder, 41. Laubbaum, 42. Schriftgutbehälter, 44. Gezeit, 45. Begrenzung, 47. Getreidesorte, 48. Weserzufluss, 50. Fluggesellschaft, 52. erreichtes Ziel, 54. Grünfläche, 55. Hunnenkönig, 57. Stadt in Sachsen-A., Salzlandkreis, 59. Niederschlag, 61. Schilfrohr

Preisrätsel

